

## **Langfassung Interview mit Heinz Hödl**

- **Was halten Sie persönlich von diesem Treffen der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte in Davos?**

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) beschreibt sich als Forum, in dem die großen Herausforderungen der Welt diskutiert und angegangen werden sollen. Die Globalisierung ist einer der wesentlichsten Wachstumstreiber der vergangenen drei Jahrzehnte und hat den Wohlstand angehoben. Die Wohlstandsgewinne sind jedoch sehr ungleich verteilt. Große Gewinner waren die Länder Südostasiens, es wurden mehr als eine Milliarde Menschen aus bitterer Armut geholt. In den Industriestaaten haben vor allem die obersten Einkommenschichten stärker profitiert. Globalisierungs-Kritiker organisieren seit 2001 parallel zum Weltwirtschaftsforum den Gegengipfel des Weltsozialforums (WSF). Es scheint manchmal fast so, als sei das WEF nur eine Veranstaltung zur Befriedigung großer Eitelkeiten führender Politiker und Wirtschaftsbosse. In Zeiten wachsender Globalisierungskritik besteht also ein echtes Imageproblem. Persönlich finde ich es trotzdem wichtig, dass es Gespräche und Debatten gibt. Wenn ich eingeladen werden würde, würde ich teilnehmen, denn mit engagierten und fundierten Beiträgen kann man etwas zum Positiven beitragen.

- **Welche Botschaft haben Sie an die globalen Leader?**

Die große Krise 2007-08 ist nicht überwunden und es kann nicht weitergehen wie bisher. Noch immer leben viel zu viele Menschen in Armut und in schwierigen Verhältnissen. Die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen sind von Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen unverhältnismäßig stark betroffen. Die Folgen sind sichtbar und weitreichend – nicht nur in Form von Umweltzerstörung, gesundheitlichen Problemen und Hunger, sondern auch in Form von Konflikten, die sich am Streit um natürliche Ressourcen, um Land und um sonstige kurzfristige materielle Vorteile entfachen oder dadurch weiter angeheizt werden.

Ich beobachte insgesamt eine Verlagerung der Verantwortung vom Staat an privatwirtschaftliche Akteure, die über ihr Handeln keine Rechenschaft ablegen müssen. Dies ist besonders problematisch, da viele Staaten zu arm und zu schwach sind, um sich gegen immer mächtiger werdende Finanz- und Wirtschaftsakteure zur Wehr zu setzen.

Vor diesem Hintergrund scheint es eine zunehmende Entkopplung der Wirklichkeit wachsender Macht-, Einfluss- und Wohlstandsmonopole von der internationalen Politik zu geben, die erklärt, den Planeten zu schützen, den Klimawandel beenden und „niemanden zurücklassen“ zu wollen. Der tiefgreifende Wandel der Wirtschaft und aller Facetten der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit muss mehr als ein Lippenbekenntnis, dem unzureichende Taten folgen, sein. Vor allem die größeren Konzerne und Industriebetriebe müssten strengere Regeln zum Schutz von Klima, Umwelt, Sozialstandards und Verbraucherrechten nicht als Last sondern als Chance begreifen.

Dienen Sie den Armen, setzen Sie sich für Gerechtigkeit ein, setzen Sie auf die Kraft weltweiter Solidarität und einen tiefgreifenden Wandel, um auf globaler und lokaler Ebene der Armut, sozialen Ungleichheit und Umweltzerstörung ein Ende zu setzen.

- **Welche Alternative zu einer neoliberalen Wirtschaftsordnung ist notwendig?**

Die neoliberale Marktwirtschaft wurde zum vorherrschenden Instrument wirtschaftlicher Entwicklung, wobei die Industrieländer durch ihr technologisches und wirtschaftliches Potential und auch durch ihr Entwicklungskonzept die Weltwirtschaft dominieren. In der Praxis trägt das neoliberale Wirtschaftsmodell weltweit zur Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich bei. In den Entwicklungsländern vergrößert der ungebremste Kapitalismus das Ungleichgewicht zwischen einer Minderheit der staatstragenden Eliten und den wachsenden Massen, denen Land, Arbeit, Einkommen und politische Teilhabe vorenthalten werden.

Vor diesem Hintergrund könnte man leicht die Hoffnung aufgeben oder die vielen bestehenden und so dringend benötigten Lösungsmöglichkeiten aus den Augen verlieren. Wie der Papst in seiner Enzyklika *Laudato Si'* betont, ist mitunter öffentlicher Druck erforderlich, wenn wichtige politische Maßnahmen durchgesetzt werden sollen: „Über Nichtregierungsorganisationen und intermediäre Verbände muss die Gesellschaft die Regierungen verpflichten, rigorosere Vorschriften, Vorgehensweisen und Kontrollen zu entwickeln.“

Wie andere zivilgesellschaftliche Organisationen frage auch ich mich, ob wir mit den gegenwärtigen Konzepten einen tiefgreifenden Wandel und den notwendigen Politikwechsel tatsächlich herbeiführen können.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die von den Staats- und Regierungschefs beim UN-Gipfel im September 2015 beschlossen wurde, sollen die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit angegangen werden. Mit ihr wurde die Vision von einer Welt entwickelt, in der alles Leben gedeihen kann. Diese universelle Agenda trägt der Tatsache Rechnung, dass ökonomische, soziale und ökologische Ziele in wechselseitiger Abhängigkeit stehen. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Menschenrechte formuliert sie wichtige Ziele: Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster, Beendigung der Entwaldung und Klimaschutz.

Für einen tiefgreifenden Wandel halte ich die folgenden systemischen Änderungen für erforderlich:

- Eine gerechtere Verteilung und begrenzte Nutzung der weltweiten Ressourcen;
- Die Schaffung demokratischer Regierungsstrukturen, die eine gesellschaftliche Mitbestimmung zulassen, wobei globale Regeln lokale Alternativen stärken und ermöglichen sollen;
- Der Aufbau von Volkswirtschaften mit diversifizierten, dezentralen Strukturen und Akteuren, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind;
- Wiederbelebung einer echten Solidarität auf der Grundlage von Gerechtigkeit und gemeinsamer Verantwortung (unter den Völkern) und Anstoßen einer globalen Bewegung mit dem Ziel, die Gesellschaft und die einzelnen Menschen zu stärken und einen tiefgreifenden Wandel herbeizuführen.

Ich bin zu der Erkenntnis gelangt, dass tiefgreifende Änderungen zumeist von unten ausgehen, von Menschen, die ein besseres, menschenwürdiges Leben anstreben. Aus diesem Grund sollten wir den Fokus stärker auf die Lösungen und Alternativen richten, die von den Menschen selbst kommen, für die sie sich selbst stark machen und die sie als richtig und wirksam ansehen.

Denn längst nicht alle Menschen sehen tatenlos zu, nein: Überall auf der Welt widersetzen sich Leute den Auswirkungen und Zwängen des Kapitalismus. So werden multinationale Konzerne in die Knie gezwungen, wie aktuell bei dem Vorhaben „Dakota Access Pipeline“ in Dakota, wo Indigene und Solidarische sich gegen den Riesenkonzern Energy Transfer Partners stellten und so – zumindest vorläufig – den Bau einer Pipeline stoppten.

Vor dem Hintergrund wachsender globaler Ungleichheit stellt sich die folgende Frage drängender denn je: Wie kann Globalisierung fair gestaltet werden? Die katholische Soziallehre betont, dass das Wirtschafts- und Handelssystem dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Für mich als Christen sind die Würde des Menschen, die Bewahrung der Schöpfung, die Grundsätze der Solidarität und Subsidiarität zentrale Grundsätze des wirtschaftlichen Handelns.